



TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

VORBEMERKUNG

Der Bebauungsplan setzt lediglich die zulässige Art der baulichen Nutzung fest (Einfacher Bebauungsplan). Die Zulässigkeit von Vorhaben richtet sich gemäß § 30 Abs. 3 BauGB im übrigen weiterhin nach den Bestimmungen der §§ 34 und 35 BauGB. Die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenbereich wird nicht aufgehoben oder ersetzt.

PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN  
(§ 9 Abs. 1 BauGB)

- 1. Innerhalb der als WA gemäß § 4 BauNVO festgesetzten Flächen sind die Errichtung oder der Betrieb von ortsfesten Mobilfunkanlagen als Haupt- oder Nebenanlagen im Sinne von gewerblich genutzten mobilen Funkdiensten gemäß § 1 (9) BauNVO unzulässig. Darüber hinaus gelten die Bestimmungen des § 4 BauNVO für den festgesetzten Gebietstyp.
- 2. Innerhalb der als MD gemäß § 5 BauNVO, MI gemäß § 6 BauNVO oder GE gemäß § 8 BauNVO festgesetzten Flächen sind die Errichtung oder der Betrieb von ortsfesten Mobilfunkanlagen als Haupt- oder Nebenanlagen im Sinne von gewerblich genutzten mobilen Funkdiensten gemäß § 1 (9) BauNVO unzulässig. Darüber hinaus gelten die Bestimmungen der §§ 5, 6 und 8 BauNVO für den jeweils festgesetzten Gebietstyp. Für die im Geltungsbereich gelegenen Satzungen nach § 34 (4) BauGB gelten im übrigen die dort festgesetzten Bestimmungen fort.
- 3. Auf der gemäß § 11 (2) BauNVO als Sondergebiet „Erholung und Fremdenverkehr“ festgesetzten Fläche sind Mobilfunkanlagen als Haupt- oder Nebenanlagen im Sinne von gewerblich genutzten mobilen Funkdiensten unzulässig.
- 4. Auf den als Friedhof oder Parkanlage festgesetzten Grünflächen sind die Errichtung oder der Betrieb von ortsfesten Mobilfunkanlagen als Haupt- oder Nebenanlagen im Sinne von gewerblich genutzten mobilen Funkdiensten unzulässig.
- 5. In den als Gemeinbedarfsflächen festgesetzten Bereichen sind die Errichtung oder der Betrieb von ortsfesten Mobilfunkanlagen als Haupt- oder Nebenanlagen im Sinne von gewerblich genutzten mobilen Funkdiensten unzulässig.

VERFAHRENSVERMERKE

Der Beauftragte der Aufsichtsbehörde hat am 20.12.2010 gem. § 2 (1) BauGB die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen. Am 02.04.2012 wurde dieser Bebauungsplanentwurf vom Beauftragten der Aufsichtsbehörde gebilligt und die Offenlegung gem. § 2 (2) BauGB sowie die Beteiligung der in Betracht kommenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange und benachbarten Gemeinden gem. § 4 (2) bzw. § 2 (2) BauGB beschlossen. Die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 (1) BauGB fand am 30.01.2012 statt. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB wurde in der Zeit vom 20.06.2011 bis zum 29.07.2011 durchgeführt.

Kempfeld, den 31.01.2012

Ortsbürgermeister (DS)

Dieser Bebauungsplanentwurf hat mit der Begründung und den wesentlichen bereits vorliegenden umweltbezogenen Stellungnahmen gem. § 3 (2) BauGB in der Zeit vom 07.05.2012 bis einschl. 06.06.2012 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 25.04.2012 mit dem Hinweis ortsüblich bekannt gemacht, dass Stellungnahmen innerhalb der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

Kempfeld, den 13.06.2012

Ortsbürgermeister (DS)

Der Beauftragte der Aufsichtsbehörde hat am 05.11.2012 den Bebauungsplan gem. § 24 der Gemeindeordnung von Rheinland-Pfalz in der zurzeit geltenden Fassung und gem. § 10 (1) BauGB als Satzungsbeschluss.

Kempfeld, den 06.11.2012

Ortsbürgermeister (DS)

Ausfertigung:  
Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts dieses Bebauungsplanes mit dem Willen des Beauftragten der Aufsichtsbehörde sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes werden bekundet.

Kempfeld, den 31.12.2012

Ortsbürgermeister (DS)

Der Beschluss des Bebauungsplanes wurde am 19.12.2012 gem. § 10 (3) BauGB ortsüblich bekannt gemacht mit dem Hinweis, dass der Bebauungsplan während der Dienststunden der Verbandsgemeindeverwaltung Herrstein von jedermann eingesehen werden kann. Mit der Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

Kempfeld, den 31.12.2012

Ortsbürgermeister (DS)

RECHTSGRUNDLAGEN

Die Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgt nach den Bestimmungen

des Baugesetzbuches (BauGB) i.d.F. vom 23. September 2004, zuletzt geändert d. Gesetz vom 22. Juli 2011,  
der Baunutzungsverordnung (BauNVO) i.d.F. vom 23. Januar 1990, zuletzt geändert d. Gesetz vom 22. April 1993,  
der Planzeichenverordnung (PlanZVO) vom 18. Dezember 1990, geändert d. Gesetz vom 22. Juli 2011 und  
der Landesbauordnung Rheinland-Pfalz (LBO) vom 24. November 1998, zuletzt geändert d. Gesetz vom 09. März 2011.

PLANZEICHENERKLÄRUNG

Grenze der Teilgeltungsbereiche

WA Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO

MD Dorfgebiet gemäß § 5 BauNVO

MI Mischgebiet gemäß § 6 BauNVO

GE Gewerbegebiet gemäß § 8 BauNVO

SO Sondergebiet "Erholung + Fremdenverkehr" gemäß § 11 BauNVO

Gemeinbedarfsfläche - Schule

Gemeinbedarfsfläche - Kirchlichen und kulturellen Zwecken dienende Gebäude  
Gemeinbedarfsfläche - Kindergarten, Schule, Feuerwehr

Öffentliche Grünfläche - Friedhof, Park

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

Flurgrenzen und Flurnummern

Flurstücksgrenzen und Flurstücksnummern

Auftraggeber:

Ortsgemeinde Kempfeld

Plan:  
Bebauungsplan  
"Steuerung von Mobilfunkstandorten"  
Teilgeltungsbereiche Mitte und Schule

Blatt 1 von 2

Kempfeld, den 21.11.2012 Ortsbürgermeister

Maßstab:

1: 2.000

akp\_ Stadtplanung + Regionalentwicklung  
akp\_ Brandt Höger Kunze Partnerschaft • Dipl.-Ing. Stadt- und Landschaftsplanung  
adresse\_ Friedrich-Ebert-Straße 153 • 34119 Kassel  
telefon\_ 0561.70048-68 telefax\_ -69 e-mail\_ post@akp-planung.de